

Schieber

Die dezentrale Hauptversammlung

**GABLER** EDITION WISSENSCHAFT

Dietmar Schieber

# Die dezentrale Hauptversammlung

Perspektiven für Aktionäre im  
Zeitalter des Internet

Mit einem Geleitwort  
von Prof. Dr. Wolfgang Gerke

**Deutscher Universitäts-Verlag**

## Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

### **Schieber, Dietmar:**

Die dezentrale Hauptversammlung : Perspektiven für Aktionäre im Zeitalter des Internet /  
Dietmar Schieber. Mit einem Geleitw. von Wolfgang Gerke.

- 1. Aufl.- Wiesbaden : Dt. Univ.-Verl. ; Wiesbaden : Gabler, 2001

(Gabler Edition Wissenschaft)

Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 2000

ISBN-13: 978-3-8244-7352-6

1. Auflage März 2001

n2

Alle Rechte vorbehalten

© Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden, und  
Deutscher Universitäts-Verlag GmbH, Wiesbaden, 2001

Lektorat: Brigitte Siegel / Viola Brunner

Der Gabler Verlag und der Deutsche Universitäts-Verlag sind Unternehmen der  
Fachverlagsgruppe BertelsmannSpringer.



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

[www.gabler.de](http://www.gabler.de)  
[www.duv.de](http://www.duv.de)

Höchste inhaltliche und technische Qualität unserer Produkte ist unser Ziel. Bei der Produktion und Verbreitung unserer Werke wollen wir die Umwelt schonen. Dieses Buch ist deshalb auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die Einschweißfolie besteht aus Polyethylen und damit aus organischen Grundstoffen, die weder bei der Herstellung noch bei der Verbrennung Schadstoffe freisetzen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

ISBN-13: 978-3-8244-7352-6 e-ISBN-13: 978-3-322-83463-8  
DOI: 10.1007/978-3-322-83463-8

Meinen Eltern

## Geleitwort

Der Wertpapierhandel hat sich in den letzten Jahren durch den Einsatz der Informationstechnik stark gewandelt. Eine Vielzahl der Anleger haben heute zeitnah Zugriff auf Informationen, die früher professionellen Investoren vorbehalten waren. Der Handel mit Aktien ist mittels Mausclick umgehend möglich. Im Gegensatz dazu ist die Form der Ausübung der Aktionärsrechte geradezu anachronistisch. Bis zum in Kraft treten des Namensaktiengesetzes war der Einsatz von neuen Medien zur Durchführung der Hauptversammlung rechtlich kaum möglich. Das am 21. Dezember 2000 verabschiedete und am 18. Januar 2001 in Kraft getretene Gesetz bringt Formerleichterungen für die Stimmrechtsvertretung mit sich, enthält aber keine weitergehenden Regelungen für die Durchführung einer dezentralen Aktionärsversammlung.

In der vorliegenden Arbeit werden anhand einer Erhebung die bei börsennotierten Gesellschaften praktizierten Formen der Hauptversammlung untersucht und dargestellt. Der Verfasser kritisiert die gegenwärtige Praxis, insbesondere die Ausübung der Vollmachtstimmrechte durch die Kreditinstitute und erörtert die in der Literatur diskutierten Vorschläge zur Reform der Stimmrechtsausübung. Da sich diese Reformvorschläge nicht mit der Ausübung aller versamlungsgebundenen Aktionärsrechte, insbesondere dem Auskunftsrecht, beschäftigen, wird ein Modell zur Durchführung einer dezentralen Versammlung entwickelt. Dabei steht die organisatorische und technische Durchführbarkeit der Vorschläge im Mittelpunkt. Eine Umfrage unter Aktienbesitzern testet sowohl die Akzeptanz der Präsenzversammlung als auch der neuen Formen.

Der Autor erarbeitet die im Aktienrecht vorzunehmenden Veränderungen, um eine Hauptversammlung dezentral zu ermöglichen. Die breit angelegte Untersuchung dient als Grundlage für die Konzeption zukünftiger Hauptversammlungen.

Prof. Dr. W. Gerke

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im August 2000 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg eingereicht und im November 2000 als Dissertation angenommen. Neue Literatur wurde bis Dezember 2000 eingearbeitet. Das Namensaktiengesetz (NaStraG) ist in der vom Bundesrat am 21. Dezember 2000 verabschiedeten Fassung berücksichtigt.

Danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Wolfgang Gerke für die Übernahme des Erstgutachtens und die Unterstützung während der Erstellung dieser Arbeit. Herr Prof. Dr. Harald Herrmann hat dankenswerterweise die Arbeit als Zweitgutachter aus der Sicht des Juristen bewertet.

Weiterhin möchte ich Herrn Prof. Dr. Rüdiger von Rosen, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Aktieninstituts, Frankfurt am Main, danken. Er hat die während meiner gut 3 1/2-jährigen Referententätigkeit entstandene Arbeit gefördert und mir die Ressourcen des Instituts zur Verfügung gestellt, ohne die dieses Werk nicht in dieser Form hätte entstehen können.

Meinen Kolleginnen und Kollegen beim Deutschen Aktieninstitut möchte ich auf diesem Wege für die fruchtbaren Diskussionen, Anregungen und Kritik sowie die gewährte Unterstützung danken. Insbesondere meine Kollegen RA Dr. Stefan Gebauer, RA Leonhard Helm, RA Markus Herdina sowie Dipl. Vw. Dr. Franz-Josef Leven haben mich durch ihre inhaltliche Auseinandersetzung mit der Thematik und das Korrekturlesen vorzüglich unterstützt. Frau Gudrun Lemoilate danke ich für die unermüdliche Beschaffung der von mir benötigten Literatur sowie die finale Rechtschreibkorrektur.

Schließlich möchte ich mich bei meiner Freundin Kirstin Huniar dafür bedanken, daß sie mir in der „heißen Phase“, den letzten Monaten vor Fertigstellung der Arbeit, zur Seite gestanden ist.

Dietmar Schieber

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungsverzeichnis</b> . . . . .	XV
<b>Tabellenverzeichnis</b> . . . . .	XVIII
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	XIX
<b>1. Einführung und Gang der Untersuchung</b> . . . . .	1
<b>2. Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft</b> . . . . .	5
2.1 Aufgaben der Hauptversammlung . . . . .	5
2.2 Die hauptversammlungsgebundenen Rechte des Aktionärs . . . . .	7
2.2.1 Das Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung . . . . .	8
2.2.2 Das Auskunftsrecht . . . . .	10
2.2.3 Das Stimmrecht . . . . .	11
<b>3. Die Hauptversammlungen börsennotierter Gesellschaften</b> . . . . .	15
3.1 Die Hauptversammlung aus Sicht der Gesellschaften . . . . .	15
3.1.1 Beschreibung der Stichprobe . . . . .	15
3.1.2 Allgemeine Angaben zu den Hauptversammlungen . . . . .	16
3.1.2.1 Präsenz . . . . .	17
3.1.2.2 Dauer . . . . .	18
3.1.2.3 Kosten . . . . .	20
3.1.2.4 Organisation . . . . .	21
3.2 Die Einschätzung der Hauptversammlung durch Aktionäre . . . . .	22
3.2.1 Demographische Merkmale der Stichprobe . . . . .	24
3.2.1.1 Geschlecht . . . . .	24
3.2.1.2 Einkommen . . . . .	25
3.2.1.3 Bildung . . . . .	25
3.2.1.4 Direkter und indirekter Aktienbesitz . . . . .	26
3.2.2 Bedeutung der Hauptversammlung . . . . .	27
3.2.3 Besuch der Hauptversammlung . . . . .	28
3.2.4 Gründe für das Aktionärsverhalten . . . . .	30
<b>4. Durchsetzung der Aktionärsinteressen in der Hauptversammlung</b> . . . . .	33
4.1 Die Apathie der Aktionäre . . . . .	33
4.2 Die Interessenlage der Aktionäre, des Managements und der Banken . . . . .	34



4.2.1	Interessen der Aktionäre . . . . .	35
4.2.2	Interessen des Managements . . . . .	36
4.2.2.1	Prinzipal-Agent-Theorie . . . . .	36
4.2.2.2	Determinanten der Zielabweichung . . . . .	37
4.2.3	Interessen der Banken . . . . .	39
4.2.4	Interessen von Aktionären, Banken und Management im Vergleich . . . . .	41
4.2.5	Einflußpotentiale der Banken . . . . .	42
4.2.5.1	Kreditvergabe . . . . .	42
4.2.5.2	Stimmrechte . . . . .	43
4.2.5.3	Aufsichtsratsmandate . . . . .	49
4.2.5.4	Kontrolle des Zugangs zum Markt für Eigenkapital . . . . .	52
4.2.6	Auswirkungen des Bankeneinflusses . . . . .	54
4.2.6.1	Die Studie von Cable . . . . .	56
4.2.6.2	Die Studie von Perlitz und Seger . . . . .	58
4.2.6.3	Die Studie von Nibler . . . . .	60
4.2.6.4	Die Studie von Gorton und Schmid . . . . .	62
4.2.6.5	Die Studie von Schmid . . . . .	63
4.2.6.6	Die Studie von Chirinko und Elston . . . . .	64
4.2.6.7	Die Studie von Seger . . . . .	65
4.2.6.8	Die Studien von Wenger und Kaserer . . . . .	69
4.2.6.9	Die Studie von Elston . . . . .	71
4.2.6.10	Die Studie von Albach . . . . .	72
4.2.6.11	Die Studie von Böhmer . . . . .	73
4.3	Vorschläge zur Reform der Stimmrechtsausübung . . . . .	73
4.3.1	Ausgabe von Vorzugsaktien an Kleinaktionäre . . . . .	74
4.3.2	Streichung des Vollmachtsstimmrechtes der Banken . . . . .	75
4.3.3	Übertragung der Stimmrechte an öffentlich-rechtliche Organisationen . . . . .	77
4.3.4	Trennung von Haus- und Depotbank . . . . .	77
4.3.5	Einführung einer Delegiertenversammlung . . . . .	78
4.3.6	Proportionalverfahren . . . . .	78
4.3.7	Zwischenergebnis . . . . .	79
4.4	Die Ausübung der hauptversammlungsgebundenen Aktionärsrechte im internationalen Vergleich . . . . .	80
4.4.1	Vereinigte Staaten von Amerika . . . . .	80
4.4.2	Großbritannien . . . . .	83
4.4.3	Frankreich . . . . .	85
4.4.4	Japan . . . . .	86
4.4.5	Zwischenergebnis . . . . .	87
4.5	Zusammenfassung . . . . .	88
<b>5.</b>	<b>Ein Vorschlag zur Stärkung der Unternehmenskontrolle durch Aktionäre . . . . .</b>	<b>91</b>
5.1	Regionalversammlung . . . . .	93

5.1.1	Technik . . . . .	94
5.1.2	Organisation . . . . .	95
5.1.3	Kosten . . . . .	95
5.1.4	Bewertung . . . . .	96
5.2	Fernsehübertragung der Hauptversammlung . . . . .	96
5.2.1	Technik . . . . .	97
5.2.2	Organisation . . . . .	97
5.2.3	Kosten . . . . .	98
5.2.4	Bewertung . . . . .	98
5.3	Teilnahme an der Hauptversammlung via Internet . . . . .	99
5.3.1	Technik . . . . .	100
5.3.2	Organisation . . . . .	104
5.3.2.1	Legitimation der Aktionäre . . . . .	104
5.3.2.2	Präsenzfeststellung . . . . .	105
5.3.2.3	Ausübung der Aktionärsrechte . . . . .	105
5.3.3	Kosten . . . . .	106
5.3.4	Bewertung . . . . .	107
5.4	Akzeptanz der dezentralen Hauptversammlung . . . . .	107
5.4.1	Akzeptanz durch die Verwaltung . . . . .	107
5.4.2	Akzeptanz durch die Aktionäre . . . . .	108
5.5	Zusammenfassung . . . . .	109
<b>6.</b>	<b>Rechtsfragen . . . . .</b>	<b>111</b>
6.1	Zulässigkeit der dezentralen Hauptversammlung . . . . .	111
6.1.1	Ort der Hauptversammlung . . . . .	111
6.1.2	Nichtöffentlichkeit der Hauptversammlung . . . . .	113
6.1.3	Schriftliche Vorlagen . . . . .	115
6.1.4	Schriftliche Ausübung der Aktionärsrechte . . . . .	116
6.1.5	Zulässigkeit der Vertreterlösung . . . . .	116
6.1.6	Erforderliche Änderungen des Aktienrechts . . . . .	120
6.2	Weitere Rechtsfragen zur dezentralen Hauptversammlung . . . . .	122
6.2.1	Begrenzung des Zugangs zur Hauptversammlung . . . . .	122
6.2.2	Ausfall der Infrastruktur . . . . .	123
6.2.3	Sprache . . . . .	125
6.2.4	Ort im Ausland . . . . .	126
6.2.5	Termin . . . . .	127
<b>7.</b>	<b>Abschließende Betrachtung und Ausblick . . . . .</b>	<b>129</b>
<b>Anhang . . . . .</b>		<b>131</b>
<b>A. Befragung börsennotierter Gesellschaften . . . . .</b>		<b>133</b>
A.1	Befragte . . . . .	133

A.2 Fragebogen . . . . .	139
<b>B. Online-Fragebogen . . . . .</b>	<b>149</b>
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>155</b>

## Abbildungsverzeichnis

2.1	Die Herrschaftsrechte des Aktionärs . . . . .	7
3.1	Zugehörigkeit zu Aktienindizes der Deutsche Börse AG . . . . .	15
3.2	Handelssegmente der antwortenden Gesellschaften . . . . .	16
3.3	Streubesitz in Prozent des Grundkapitals . . . . .	17
3.4	Präsenz vs. Streubesitz . . . . .	19
3.5	Zahl der Besucher vs. Dauer der Hauptversammlung . . . . .	21
3.6	Zugangs-Provider der befragten Internet-Nutzer . . . . .	24
3.7	Direkter und indirekter Aktienbesitz . . . . .	26
3.8	Besuch von Hauptversammlungen 1998/1999 . . . . .	29
3.9	Entfernung des Hauptversammlungsorts vom Wohnort . . . . .	29
3.10	Gewünschte maximale Entfernung der Hauptversammlung vom Wohnort . . . . .	30
3.11	Maximal gewünschte Dauer der Hauptversammlung . . . . .	31
4.1	Anteilsverflechtungen in Deutschland . . . . .	45
4.2	Akzeptanz verschiedener Medien zur Stimmrechtsausübung . . . . .	87
5.1	Verbreitung von Personal Computern und Online-Diensten in Deutschland . . . . .	99
5.2	Schematische Darstellung des Internet . . . . .	102
5.3	Änderung der Ausübungshäufigkeit der versammlungsgebundenen Aktionärsrechte bei Durchführung der dezentralen Hauptversammlung im Vergleich zur zentralen Veranstaltung . . . . .	109

## Tabellenverzeichnis

3.1	Präsenzquoten . . . . .	18
3.2	Dauer der Hauptversammlungen . . . . .	20
3.3	Zahl der durchschnittlich eingesetzten Hilfskräfte . . . . .	22
3.4	Internet-Medien mit Hinweis auf die Aktionärsbefragung . . . . .	22
3.5	Häufigkeitsverteilung bezüglich des Merkmals Geschlecht . . . . .	25
3.6	Häufigkeitsverteilung bezüglich des Merkmals monatliches Nettoeinkommen . . . . .	26
3.7	Häufigkeitsverteilung bezüglich des Merkmals Schulbildung . . . . .	27
3.8	Bedeutung der Hauptversammlung im Vergleich zu anderen Kommunikationsmitteln . . . . .	28
4.1	Summe der Bankkredite und Marktkapitalisierung des Aktienmarktes in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Durchschnitt 1964 bis 1992 . . . . .	42
4.2	Bilanzkennzahlen in Prozent der Bilanzsumme nichtfinanzieller westdeutscher Unternehmen 1995 bis 1997 . . . . .	43
4.3	Eigenkapitalquoten deutscher Aktiengesellschaften nach Branchenzugehörigkeit (30. September 1997) . . . . .	44
4.4	Präsenzen in Prozent des vertretenen Kapitals auf den Hauptversammlungen der DAX-Unternehmen 1994 bis 1999 . . . . .	47
4.5	Stimmrechtsanteile der fünf größten Aktienbanken in Prozent des vertretenen Kapitals auf ihren Hauptversammlungen 1992 einschließlich der Stimmen der mehrheitlich kontrollierten (Tochter-)Banken und Kapitalanlagegesellschaften . . . . .	48
4.6	Konsortialführerschaften der privaten Aktienbanken bei der Zulassung von Kapitalerhöhungen an den Geregeltten Märkten der Frankfurter Wertpapierbörse 1998 . . . . .	53
4.7	Konsortialführerschaften der privaten Aktienbanken bei Börsengängen deutscher Unternehmen an allen deutschen Börsen von 1980 bis 1999 . . . . .	55
4.8	Signifikante Einflußpotentiale der Banken . . . . .	68
4.9	Zusammenhang zwischen Cash flow und Investition . . . . .	72
5.1	Nutzung von Telekommunikationseinrichtungen in der Europäischen Union 1998 . . . . .	97
5.2	Kapazitäten einiger Übertragungsverfahren . . . . .	101
5.3	Datenraten digitaler Bildformate . . . . .	102
5.4	Akzeptanz der dezentralen Hauptversammlung bei börsennotierten Gesellschaften . . . . .	107

5.5	Bedeutung der versamlungsgebundenen Rechte für Internet-Nutzer . . .	110
6.1	Hindernisse für die dezentrale Hauptversammlung . . . . .	121
6.2	Zahl der Simultanübersetzungen auf den Hauptversamlungen 1998 und 1999 . . . . .	126

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
ADSL	Asynchronous Digital Subscriber Line
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AOL	America Online
Aufl.	Auflage
BausparkG	Gesetz über Bausparkassen i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Februar 1991 (BGBl. I S. 454)
Bd.	Band
ber.	berichtigt
BetrVG 1952	Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952 (BGBl. I S. 681) in der Fassung i. d. F. des Betriebsverfassungsgesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13)
Begr.	Begründer, Begründung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGBl. S. 195)
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMW	Bayerische Motorenwerke
BörsG	Börsengesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2682)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
ca.	circa
CAC	Cotation assistée en continue
CCIR	Comité Consultatif International du Radiodiffusion
DAX	Deutscher Aktienindex
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
DSL	Digital Subscriber Line
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1185)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche

---

	vom 18. August 1896 i. d. F. vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494, ber. BGBl. I 1997, S. 1061)
e. V.	eingetragener Verein
f.	folgende, folgender
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
GG	Grundgesetz vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1) zul. geändert durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1822)
ggf.	gegebenenfalls
HypBankG	Hypothekendarlehenbankgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2674)
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HV	Hauptversammlung
i. d. F.	in der Fassung
i. V. m.	in Verbindung mit
IR	Investor Relations
IPO	Initial Public Offerings
ISDN	Integrated Services Digital Network
ITU	International Telecommunication Union
k. A.	keine Angabe
Kap.	Kapitel
KBit	Kilobit
km	Kilometer
krit.	kritisch
KunstUrhG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie vom 9. Januar 1907 (RGBl. S. 7)
LG	Landgericht
MBit	Megabit
MDAX	Mid-Cap-DAX
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153)
Montan- MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichts- räten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951 (BGBl. I S. 347)
MPEG	Moving Pictures Experts Group
NASDAQ	National Association of Securities Dealers Automated Quotation
NaStraG	Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung (Namensaktiengesetz - NaStraG)
n. F.	neue Fassung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
o. S.	ohne Seite



---

o. V.	ohne Verfasser
o. Verl.	ohne Verlag
PAL	Phase Alternating Line
PIN	Persönliche Identifikationsnummer
RA	Rechtsanwalt
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Rnr.	Randnummer
RStV	Rundfunkstaatsvertrag vom 31. August 1991 i. d. F. des vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrags
S.	Satz, Seite
SEA	Securities Exchange Act of 1934
SEC	United States Securities and Exchange Commission
Schuld- verschrg	Gesetz betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899 (RGBl. S. 691)
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Tab.	Tabelle
TAN	Transaktionsnummer
TV	Television
Tz.	Textzeichen
ÜG-E	Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Regelung von Unternehmensübernahmen vom 29. Juni 2000
UmwG	Umwandlungsgesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl I S. 3210, ber. BGBl 1995 I S. 428)
Univ.	Universität
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
U. S. C. A.	United States Code Annotated
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGBl. S. 499, BGBl. III 43-1)
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung von Versicherungs- unternehmen i. d. F. der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl 1993 I. S. 2)
vgl.	vergleiche
vs.	versus
Vorb.	Vorbemerkung
WahrnG	Urheberrechtswahrnehmungsgesetz
WWW	World Wide Web
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
Ziff.	Ziffer
zugl.	zugleich